

Antrag auf Gewährung von Sozialhilfe

Antragseingang am	Namenszeichen
ausgegeben/ausgestellt am	Namenszeichen

Hinweis: Um sachgerecht über Ihren Antrag entscheiden zu können, werden von Ihnen Informationen und Unterlagen über Sie und Ihre Haushaltsangehörigen benötigt. Sie werden deshalb gebeten, den Antrag sorgfältig auszufüllen. Die Richtigkeit der Angaben ist durch Unterschrift der jeweiligen Person oder ihres gesetzlichen Vertreters auf der letzten Seite zu bestätigen. Die Datenerhebung im Zusammenhang mit dem Antrag erfolgt nach § 67a Abs. 2 Satz 1 Sozialgesetzbuch, Zehntes Buch (SGB X). Die weitere Datenverarbeitung erfolgt nach § 67 b Abs. 1 SGB X. Ihre Verpflichtung zur Mitwirkung in diesem Verfahren ergibt sich aus § 60 Abs. 1 Sozialgesetzbuch, Erstes Buch (SGB I). Sofern Sie dieser Obliegenheit nicht nachkommen, kann die beantragte Sozialleistung ganz oder teilweise wegen fehlender Mitwirkung versagt werden (§ 66 SGB I). Nach § 118 Sozialgesetzbuch, Zwölftes Buch (SGB XII) werden Ihre Angaben, teilweise mit Angaben anderer Leistungsträger automatisch verglichen, um Missbräuche zu vermeiden.

☐ Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

☐ Hilfe zum Lebensunterhalt

☐ Hilfe zur Gesundheit

☐ Eingliederungshilfe (für behinderte Personen)

☐ Hilfe zur Pflege

☐ Hilfe in anderen Lebenslagen

(z.B. Kosten für Pflegeperson, Pflegegeld)

(z.B. Weiterführung Haushalt, Altenhilfe, Hilfe in sonstigen Lebenslagen)

Begründung des Antrags/der Notlage

I. Angaben zu den persönlichen Verhältnissen

	nachfragende Person			Ehegatte(in)						
				Lebenspartner(in)						
				Partner(in) in eheähnlicher Gemeinschaft						
	Antragsteller(in) 1			Antragsteller(in) 2						
Familienname (ggf. Geburtsname)										
Vorname(n)										
Geburtsdatum										
Geburtsort/Land										
Geschlecht	weiblich	männlich	divers	weiblich	männlich	divers				
Familienstand	ledig	verheiratet	getrennt lebend	ledig	verheiratet	getrennt lebend				
	geschieden	verwitwet	eingetragene Lebenspartnerschaft	geschieden	verwitwet	eingetragene Lebenspartnerschaft				
Staatsangehörigkeit(en)	(Kopie des Ausweises beifügen)			(Kopie des Ausweises beifügen)						
Aussiedler/Spätaussiedler(in)	ja	nein		ja	nein					
	(Registrierschein/Bescheinigung § 15 BVFG)			(Registrierschein/Bescheinigung § 15 BVFG)						
in Deutschland lebend seit										
Straße, Haus-Nr. PLZ, Wohnort										
voll- oder teilstationäre Unterbringung (z.B. Werkstatt für behinderte Menschen, Tagesstätte)										
Telefon (freiwillige Angabe)										
Betreuer(in)/Bevollmächtigte mit Anschrift und Telefonnummer	(Betreuerausweis/Vollmacht beifügen)			(Betreuerausweis/Vollmacht beifügen)						
derzeit ausgeübte Tätigkeit										
Arbeitslosigkeit*)	ja, seit:	nein		ja, seit:	nein					
volle Erwerbsminderung*)	auf Dauer	befristet bis:		auf Dauer	befristet bis:					
*) bei Personen unter der Regelaltersgrenze	Nachweis beifügen			Nachweis beifügen						
Schwerbehinderung	ja	nein		ja	nein					
	Ausweis beifügen			Ausweis beifügen						
Pflegegrad	ja	nein		ja	nein					
	Bescheid beifügen			Bescheid beifügen						
Schwangerschaft	ja	nein		ja	nein					
	Nachweis beifügen			Nachweis beifügen						
Krankenkost erforderlich	ja	nein		ja	nein					
Erwerbstätigkeiten im Ausland	von	bis		von	bis					
	von	bis		von	bis					
	von	bis		von	bis					

II. Familienverhältnisse

1. weitere Personen in der Haushaltsgemeinschaft (Mitbewohner/Kinder)

ja nein

(bei mehr als zwei Personen bitte gesondertes Blatt beifügen)

	Mitbewohner/Kind Nr. 1	Mitbewohner/Kind Nr. 2
Familienname (ggf. Geburtsname)		
Vorname(n)		
Geburtsdatum		
Geburtsort		
Familienstand		
Staatsangehörigkeit		
Verwandschaft/ Beziehung zum Antragsteller		
ausgeübte Tätigkeit		

Falls die nachfragende Person ein nichteheliches Kind ist oder unter den Angehörigen bei Ziffer II ein nichteheliches Kind aufgeführt ist (bitte Nachweise beifügen):

Name des Kindes		
Name der/des Unterhaltspflichtigen		
Wohnanschrift		
Name des Vormundes		
Anschrift des Vormundes		
festgestellter Unterhaltsbetrag/ Monat	€	€
In welcher Höhe werden Zahlungen tatsächlich geleistet?	€	€
Datum, Aktenzeichen des Gerichts, Urteil, Beschluss o.ä.		

2. Angehörige außerhalb der Wohnung/Unterkunft (z.B. Eltern, Kinder, getrennt lebend/
geschiedene Ehegatten)

nein

ja

(bei mehr als zwei Personen bitte gesondertes Blatt beifügen)

	Person Nr. 1	Person Nr. 2
Familienname (ggf. Geburtsname)		
Vorname(n)		
Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)		
Geburtsdatum		
Geburtsort		
Familienstand		
Staatsangehörigkeit		
Verwandtschaft/ Beziehung zum Antragsteller		
ausgeübte Tätigkeit		
Arbeitgeber Name		
Anschrift: Straße, Hausnummer PLZ, Ort		
(falls Rentenempfänger) Art der Rente		
Bestehen Unterhaltsansprüche gegen geschiedene oder getrennt lebende Ehepartner oder Partner einer aufgehobenen Lebenspartnerschaft?	auf Unterhalt wurde verzichtet	auf Unterhalt wurde verzichtet
	Unterhaltsansprüche geltend gemacht	Unterhaltsansprüche geltend gemacht
	Vollstreckbarer Titel/Urkunde beigelegt	Vollstreckbarer Titel/Urkunde beigelegt
	Unterhalt wird gezahlt	Unterhalt wird gezahlt

Jahreseinkommen über 100.000 EUR	ja nein	ja nein
derzeitig ausgeübte Tätigkeit		

III: Krankenversicherungsschutz

(Angaben zum Antragsteller, Ehegatten/Partner und minderjährigen Kindern)

Krankenversicherungsschutz	nein	letzte Mitgliedschaft bei	bis
	ja	Mitgliedschaft bei	seit
Art der Mitgliedschaft	Pflichtversicherung		Beihilfe berechtigt (Beamte)
	Freiwillige Versicherung		
	Familienversicherung		
	Private Versicherung		
abweichende Krankenversicherung Ehegatte/Partner/Kinder	ja	Person:	
	nein	bei	

IV. Einkommensverhältnisse

1. Inländische Einkommen:

(Bitte Einkommensnachweise der letzten 3 Monate beifügen)

	nachfragende Person Antragsteller 1	Ehegatte/Partner Antragsteller 2	Mitbewohner/ Kind Nr. 1	Mitbewohner/ Kind Nr. 2
	mtl./EUR	mtl./EUR	mtl./EUR	mtl./EUR
Arbeits-/Erwerbseinkommen				
Arbeitslosengeld				
Arbeitslosengeld II/ Sozialgeld				
Ausbildungshilfe/-förderung				
Entgelt der Werkstatt für behinderte Menschen				
Einkommen aus Vermögen Zinsen/Dividenden/Vermietung etc.				
Kindergeld (für minderjährige Kinder)				
Kindergeld (für volljährige Kinder) Weitergabe des KiG an Kind/er?	ja nein	ja nein	ja nein	ja nein
Krankengeld/ Übergangsgeld				
Unterhalt/Unterhaltsvorschuss/ Unterhaltsbeihilfen				
Pflegegeld				
Rente wegen Erwerbsminderung				
Elterngeld				
Altersrente/Pension				
Witwenrente/Waisenrente				
Betriebs-/Zusatz-/Leibrente				
Unfallrente				
Renten BVG (bitte Bescheid beifügen)				
Einnahmen aus Vermietung/ Verpachtung				

sonstiges Einkommen				
kein Einkommen				
Wohngeld (Mietzuschuss/Lastenzuschuss)	nein	ja	mtl.	€ beantragt

2. Ausländische Einkommen:

(Bitte Einkommensnachweise der letzten 3 Monate beifügen)

	nachfragende Person Antragsteller 1	Ehegatte/Partner Antragsteller 2	Mitbewohner/ Kind Nr. 1	Mitbewohner/ Kind Nr. 2
	mtl./EUR	mtl./EUR	mtl./EUR	mtl./EUR
Einkommen aus Vermögen (Zinsen/Dividenden/Vermietung etc.)				
Rente wegen Erwerbs- minderung/Berufsunfähigkeit				
Erziehungsrente				
Altersrente/Pension				
Witwenrente/Waisenrente				
Betriebs-/Zusatz-/Leibrente				
Unfall-/Invalidenrente				
Vertragl./private Leistungen (Kost/Wohnrecht/Taschengeld etc.)				
Miet- und Pachteinnahmen				
andere Renten oder sonstiges Einkommen Art				
kein Einkommen				

Ausländische Rentenansprüche:

Ich erkläre hiermit, dass ich noch offene ausländische Rentenansprüche habe:

ja, welche

nein

Aufenthalts- und Erwerbszeiten im Ausland:

Ich erkläre hiermit, dass ich Aufenthalts- und Erwerbszeiten im Ausland habe:

ja (auf einem Beiblatt bitte vollständig mit Wohnort, Erwerbstätigkeit, Zeit der Erwerbstätigkeit und Arbeitgeber mit Anschrift angeben)
nein

3. Vom Einkommen absetzbare Beträge (bitte Nachweise wie Fahrkarten, Versicherungspolice, letzte Beitragsrechnungen beifügen) Hinweis: Entscheidung zur Absetzung erfolgt am Einzelfall

	nachfragende Person Antragsteller 1	Ehegatte/Partner Antragsteller 2	Mitbewohner/ Kind Nr. 1	Mitbewohner/ Kind Nr. 2
	mtl./ EUR	mtl./ EUR	mtl./ EUR	mtl./ EUR
Fahrtkosten zur Arbeitsstelle				
Aufwendungen Arbeitsmittel				
Beitrag Berufsverbände/VdK				
Haftpflchtversicherung				
Hausratversicherung				
Altersvorsorgebeiträge				
Unfallversicherung				
Kranken-/Pflegeversicherung				
Lebens-/Sterbegeldversicherung				
Sonstiges (z.B. Steuern, Arbeitslosen- und Rentenversicherung)				

V. Wohnverhältnisse

(bitte Mietvertrag und letzte Heiz- und Betriebskostenabrechnung beifügen)

Zahl der Personen in der Wohnung	Person(en)					
Art der Wohnung	Miete	Untermiete	Eigentum*	Mietfreiheit		
Größe und Ausstattung der Wohnung	Küche	Bad/Dusche	WC	sonstige Zimmer		
	Wohnfläche:	qm	Garage(n)	Stellplatz		
Miete/Unterkunftskosten (* bei selbst bewohntem Haus-/Wohnungseigentum ist eine Aufstellung über die Kosten und Belastungen vorzulegen und nachzuweisen)	Grundmiete	mtl.	€			
	Betriebskosten (Vorauszahlung)	mtl.	€	einschließlich Heizkosten		
	Heizkosten (Vorauszahlung)	mtl.	€	einschließlich Warmwasser Warmwasser über Boiler/ Gastherme		
	Sonstige Kosten	mtl.	€	Antenne/Kabelfernsehen Garage/Stellplatz Voll-/Teilmöblierung Haushaltstrom		
	Gesamtkosten	mtl.	€			
Unterkunft in einem ambulant betreuten Wohnen	nein	ja	Bei welchem Träger?			
Miete/Unterkunftskosten für Antragsmonat bezahlt	nein	ja				
bestehen Mietschulden	nein	ja	In welcher Höhe? €			
Art der Beheizung	Öl	Gas	Strom	Fernwärme	Holz/Kohle	Sonstiges

VI. Vermögensverhältnisse

(Angaben zum Antragsteller, Ehegatten/Partner und minderjährigen Kindern)

Bitte Nachweise – Kontoauszüge der letzten 3 Monate, Sparbücher, Versicherungspolicen etc. – **zur Einsicht beifügen!**

Bitte beachten: Das Vermögen im In- und Ausland ist anzugeben!

	nachfragende Person Antragsteller 1	Ehegatte/Partner Antragsteller 2	Mitbewohner/ Kind Nr. 1	Mitbewohner/ Kind Nr. 2
Bargeld	ja nein	ja nein	ja nein	ja nein
Wert	€	€	€	€
Bankkonten, Bausparverträge etc.	ja nein	ja nein	ja nein	ja nein
Anzahl Konten/Verträge	Konten	Konten	Konten	Konten
Wert aller Guthaben insgesamt	€	€	€	€
Wertpapiere, Aktien, Fonds o.ä.	ja nein	ja nein	ja nein	ja nein
Bitte Wert und etwaige Einnahmen nachweisen.				
Anzahl Anlagen	Anlagen	Anlagen	Anlagen	Anlagen
Wert aller Anlagen insgesamt	€	€	€	€
Lebens-, Sterbegeld-, Renten-, Ausbildungs-, Aussteuerversicherung	ja nein	ja nein	ja nein	ja nein
Anzahl Verträge	Verträge	Verträge	Verträge	Verträge
Rückkaufswert aller Verträge	€	€	€	€
Haus-, Grundeigentum	ja nein	ja nein	ja nein	ja nein
Anzahl Häuser u. Wohnungen/Fläche bebaute Grundstücke	/ qm	/ qm	/ qm	/ qm
Fläche unbebaute Grundstücke	qm	qm	qm	qm
(geschätzte) Verkehrswerte	€	€	€	€
selbst bewohnt/genutzt	ja nein	ja nein	ja nein	ja nein
Anschrift/en des Eigentums				
Bitte erbringen Sie zu Ihrem Immobilienvermögen den Grundbuchauszug, Nachweise zu Wert und Größe sowie Lage des Grundstücks, wenn möglich legen Sie Fotos bei.				
Bei ausländischen Immobilien: Warum wurde das Haus/der Grundbesitz/die Eigentumswohnung nicht vor Einreise nach Deutschland veräußert? Was stand oder steht der Veräußerung entgegen?				
(Kraft-)Fahrzeug(e)	ja nein	ja nein	ja nein	ja nein
Kennzeichen				
Fahrzeughalter				
Zulassungsjahr				
Forderungen, Ansprüche gegen Dritte	ja nein	ja nein	ja nein	ja nein
Wert Forderungen/Ansprüche	€	€	€	€
Sonstige Vermögen (wertvolle Möbel, Geräte, Hausratgegenstände, Münzen, Schmuck, Bücher, Sammlungen etc.)	ja nein	ja nein	ja nein	ja nein
Art des Vermögens				
Wert des Vermögens				
Bitte Wert und etwaige Einnahmen nachweisen.	€	€	€	€

Wurden Vermögenswerte (z.B. Haus, Grundstück, Eigentumswohnung, Geld, Konten, Wertpapiere, Kapitalverträge etc.) in den letzten 10 Jahren vor Antragstellung veräußert, übertragen oder verschenkt?		nein		nein		nein		nein
		ja, ohne schriftlichen Vertrag		ja, ohne schriftlichen Vertrag		ja, ohne schriftlichen Vertrag		ja, ohne schriftlichen Vertrag
		ja, siehe beiliegenden Vertrag/Urkunde		ja, siehe beiliegenden Vertrag/Urkunde		ja, siehe beiliegenden Vertrag/Urkunde		ja, siehe beiliegenden Vertrag/Urkunde
Zeitpunkt/Jahr der Übertragung								
Art des Vermögens								
Wert des Vermögens	€		€		€		€	

VII. Sonstiges

Wurde bereits früher Sozialhilfe/Grundsicherung bezogen?	nein	ja	bis	von wem?
Wurden Leistungen beim Kommunalen Sozialverband beantragt?	nein	ja	wann	von wem?
erfolgte in den letzten 2 Monaten				
- ein Umzug	nein	ja	am	von wo?
- eine Einreise aus dem Ausland	nein	ja	am	von wo?
- eine Entlassung aus			am	von wo?
- einer stationären Einrichtung	nein	ja		
- einem Frauenhaus	nein	ja		
- einem betreuten Wohnen	nein	ja		
- einer Pflegestelle (bei Minderjährigen)	nein	ja		
Bestehen noch (ungeklärte) Ansprüche/Rechte gegen Dritte? (z.B. wegen Unfall, Krankheit, Schadenersatz, Unterhalt, Renten, Erbschaft etc.)	nein	ja	€	gegen:

VIII. Bankverbindung für bargeldlose Zahlung

Kontoinhaber	
Geldinstitut	
IBAN	BIC

Erklärung

Den Sozialhilfeantrag mit seinen Anlagen habe ich wahrheitsgemäß ausgefüllt. Die Angaben zu den anderen Personen habe ich ausgefüllt, weil mir Vollmacht erteilt wurde/als gesetzlicher Vertreter; ansonsten haben diese Personen ihre Angaben selbst in den vorstehenden Antrag eingetragen und/oder die Richtigkeit durch ihre Unterschrift bestätigt.

Mir ist bekannt, dass ich wegen wissentlich falscher oder unvollständiger Angaben strafrechtlich verfolgt werden kann und zu Unrecht erhaltene Hilfen zurückzahlen muss bzw. diese auch im Wege der Aufrechnung einbehalten werden können.

Ich bestätige ausdrücklich, davon unterrichtet worden zu sein, dass ich jede Änderung der Familien-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse, vorübergehende Abwesenheit vom Wohnort oder Wegzug vom bisherigen Wohnort, Krankenhausaufenthalt usw. (auch von Haushaltsangehörigen) unverzüglich und unaufgefordert dem Sozialhilfeträger mitteilen muss (§ 60 SGB I). Die Aufnahme jeder Arbeit (auch Gelegenheitsarbeit, geringfügige Beschäftigung usw.) werde ich sofort anzeigen. Diese Mitteilungspflichten erstrecken sich auch auf Änderungen der Verhältnisse, über die im Zusammenhang mit der Leistung Erklärungen abgegeben worden sind. Dies gilt auch für Angaben zu den vertretenen Personen.

Ich habe Kenntnis davon, dass Leistungsberechtigte, die sich länger als 4 Wochen ununterbrochen im Ausland aufhalten, nach Ablauf der vierten Woche bis zu ihrer nachgewiesenen Rückkehr ins Inland keine Leistungen erhalten. Geplante Auslandsaufenthalte von mehr als vierwöchiger Dauer werde ich daher vor der Abfahrt schriftlich anzeigen.

Mir ist bekannt, dass meine Ansprüche gegen Drittverpflichtete auf den Sozialhilfeträger übergehen bzw. übergeleitet und Erstattungsansprüche gegen andere Leistungsträger (z. B. Wohngeld, Arbeitslosengeld I/II, Krankengeld, Rente usw.) geltend gemacht werden können.

Jeder hat Anspruch darauf, dass die ihn betreffenden Sozialdaten von den Leistungsträgern nicht unbefugt erhoben, verarbeitet oder genutzt werden (Sozialgeheimnis – § 35 SGB I). Sozialdaten, die ein Arzt oder eine andere schweigepflichtige Person dem Sozialhilfeträger über einen Antragsteller gegeben hat, sind datenschutzrechtlich noch strenger geschützt als andere Daten. Die Übermittlung von Sozialdaten ist nur unter den Voraussetzungen zulässig, unter denen diese Person selbst übermittlungsbefugt wäre (§ 76 Abs. 1 SGB X). Hat der Sozialhilfeträger diese Informationen in Zusammenhang mit einer Begutachtung wegen der Erbringung von Sozialhilfeleistungen oder der Ausstellung einer Bescheinigung bekommen, darf er diese Angaben zwar in bestimmten Fällen weitergeben, nicht aber, wenn der Betroffene dem widerspricht (§ 76 Abs. 2 Nr. 1 SGB X). Von diesem Widerspruchsrecht habe ich Kenntnis genommen.

(Bei Anträgen von Ehegatten/Lebenspartnern/Partnern einer eheähnlichen Gemeinschaft):

Ich bevollmächtige meine(n) Ehegatten/Ehegattin/Lebenspartner(in) bzw. Partner(in) der eheähnlichen Gemeinschaft zur Entgegennahme von Sozialhilfebescheiden und entsprechenden Geldleistungen.

Das Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten (Informationspflicht nach Art. 13 und Art. 14 DSGVO) habe/n ich/wir erhalten und zur Kenntnis genommen.

Datum	Unterschrift des Antragstellers/des gesetzlichen Vertreters	Unterschrift des Ehegatten/Lebenspartners	Unterschrift des Betreuers/Bevollmächtigten
Der Antrag wurde vom Sachbearbeiter aufgenommen/ergänzt/geändert. Dies wird genehmigt; die Richtigkeit wird hiermit bestätigt.			
Datum	Unterschrift des Antragstellers/des gesetzlichen Vertreters	Unterschrift des Ehegatten/Lebenspartners	Unterschrift des Betreuers/Bevollmächtigten

**Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten
(Informationspflicht nach Art. 13 und Art. 14 DSGVO) – Stand 16.02.2022**

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen (Art. 13 Abs. 1 lit.¹ a DSGVO)

Postanschrift
Stadt Leipzig
Sozialamt
Martin-Luther-Ring 4 - 6
04109 Leipzig

Kontakt

Telefon	0341 123 4529
Fax	0341 123 4525
E-Mail	sozialamt@leipzig.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten (Art. 13 Abs. 1 lit. b DSGVO)

Postanschrift
Stadt Leipzig
Datenschutzbeauftragter
04092 Leipzig

Kontakt

Telefon	0341/1232247
Fax	0341/1232614
E-Mail	datenschutzbeauftragter@leipzig.de

3. Zwecke der Datenverarbeitung (Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 1, Art. 14 Abs. 1 lit. c HS 1 DSGVO)

Prüfung und Abwicklung von Ansprüchen auf Geld-, Sach- und/oder Dienstleistungen der Sozialhilfe gemäß Sozialgesetzbuch, Zwölftes Buch (SGB XII).

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung (Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 2, Art. 14 Abs. 1 lit. c HS 2 DSGVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. c) und e) der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) i.V.m. §§ 67 bis 78 Sozialgesetzbuch, Zehntes Buch (SGB X) und Anspruchsnormen des SGB XII.

Darüber hinaus ist eine Datenverarbeitung auch zulässig, wenn ein Einverständnis der betroffenen Person vorliegt oder diese die Angaben selbst (freiwillig) mitgeteilt hat (Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO).

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e, Art. 14 Abs. 1 lit. e DSGVO)

Ihre personenbezogenen Daten erhalten folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern:

- Zahlungsempfänger (z.B. Vermieter, Energieversorger),
- Leistungsanbieter (z.B. Pflegedienste, stationäre Einrichtungen),
- Auskunftsstelle nach § 118 SGB XII (Datenabgleich),
- Bundeszentralamt für Steuern (Kontenabrufverfahren gem. § 93 Absatz 8 S.1 Nr.1 AO),
- Beteiligte eines Widerspruchs- und ggf. Klageverfahrens,
- sonstige zu beteiligende Stellen des Sozialamtes (z.B. bei Kindern und Jugendlichen Bildung und Teilhabe) und der Stadtverwaltung (z.B. Gesundheitsamt, Jugendamt, Finanzbuchhaltung),
- sonstige Leistungsträger nach §§ 12, 18 bis 29 Sozialgesetzbuch, Erstes Buch (SGB I) und sonstige Stellen nach § 35 SGB I,
- Auftragsverarbeiter bei Beauftragung Dritter, Statistisches Landesamt Sachsen, Statistisches Bundesamt

¹ lit. ist die Abkürzung für lat. littera (= Buchstabe)

6. Kategorien personenbezogener Daten (Art. 15 Abs. 1 lit. b, Art. 14 Abs. 1 lit. d DSGVO)

Stammdaten inkl. Kontaktdaten

Aktenzeichen, Familienname, Geburtsname, Vorname(n), Geburtsdatum, Geburtsort, Geschlecht, Adressdaten, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Schule, Beruf, Art der Tätigkeit, Ausweispapiere (Art, Nummer, Ausstellungstag und Ausstellungsbehörde), Aufenthaltsrechtlicher Status, Renten- und Sozialversicherungsnummer, Bankverbindung, Rufnummer (freiwillig), E-Mail-Adresse (freiwillig)

Daten zur Leistungsgewährung

Erwerbsminderung, Einkommensnachweise, Vermögensnachweise, Versicherungsdaten (z.B. Hausrat, Haftpflicht), Mietvertragsdaten einschließlich Betriebs- und Heizkostendaten, Unterbringungsart (z.B. Tagesstätte), Art der Unterhaltsregelung, Daten zu Unterhalts- und Regressansprüchen, Daten zur Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung, Daten zur Dauer und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses, Leistungszeitraum, Leistungshöhe, Leistungsart (z.B. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Hilfe zur Pflege)

Bei Erfordernis: Verwandtschaftsverhältnis, Schwangerschaftsdaten, Kontaktdaten der Schule, Kontaktdaten des Arbeitgebers, Daten zum Verstorbenen, Daten zu den Erben und/oder Unterhaltspflichtigen, Daten zum Betreuer und der Kategorie des Betreuungsumfangs, Daten zum Bevollmächtigten

Gesundheitsdaten

Gutachten oder Stellungnahmen des ärztlichen Dienstes des Gesundheitsamtes, des Medizinischen Dienstes der Kranken- und Pflegekassen, Daten zur Schwerbehinderung u.a.

7. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation (Art. 13 Abs. 1 lit. f, Art. 14 Abs. 1 lit. f DSGVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

8. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer (Art. 13 Abs. 2 lit. a, Art. 14 Abs. 2 lit. a DSGVO)

Die Daten werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen für die jeweilige Aufgabenerfüllung nach dem SGB XII erforderlich ist.

9. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung (Art. 13 Abs. 2 lit. b, Art. 14 Abs. 2 lit. c DSGVO)

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Sie können die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Unter den Voraussetzungen des Art. 20 DSGVO haben Sie ein Recht auf Datenübertragbarkeit.
- Sollten Sie von Ihren oben Rechten Gebrauch machen, prüfen wir, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Ihre Rechte können durch spezialgesetzliche Rechtsgrundlagen eingeschränkt werden.

10. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO (Art. 13 Abs. 2 lit. c i.V.m. Art. 7 Abs. 3, Art. 14 Abs. 2 lit. d i.V.m. Art. 7 Abs. 3 DSGVO)

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO) beruht, haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

11. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 13 Abs. 2 lit. d, Art. 14 Abs. 2 lit. e DSGVO)

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DSGVO. Dies ist in Sachsen die Sächsische Datenschutzbeauftragte.

Postanschrift: Sächsische Datenschutzbeauftragte, Postfach 110132, 01330 Dresden

Telefon: 0351/85 47 11 00

Fax: 0351/85 47 11 09

E-Mail: post@sdtb.sachsen.de

12. Quelle der personenbezogenen Daten (Art. 14 Abs. 2 lit. f DSGVO)

Öffentliche Stellen

sind u.a. die in §§ 12, 18 bis 29 SGB I genannten anderen Sozialleistungsträger (z.B. Jobcenter, Krankenkasse, Pflegekasse, Rentenversicherungsträger, Wohngeldbehörde), Finanzämter, Grundbuchämter, Versorgungsämter, Meldestellen, Ausländerbehörden.

Nichtöffentliche Stellen oder Personen

sind u.a. Arbeitgeber, Kreditinstitute, Versicherungen, schadensersatzpflichtige Personen, Vermieter, unterhaltspflichtige Personen.

Öffentlich zugängliche Quellen

sind u.a. Internet, Melderegister, Handelsregister, Grundbuchämter.

13. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten (Art. 13 Abs. 2 lit. e DSGVO)

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist für die Bearbeitung Ihres Antrages erforderlich.

Im Rahmen Ihrer Mitwirkungspflichten gemäß §§ 60 ff. SGB I sind Sie zur Bereitstellung verpflichtet:

Wer Geld-, Sach- und/oder Dienstleistungen im Sozialamt beantragt hat oder erhält, ist zur Mitwirkung verpflichtet. Das bedeutet, dass Sie alle leistungsrelevanten Tatsachen angeben müssen, ebenso Änderungen in den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen, die Auswirkungen auf die Leistungsgewährung haben können. Zu den Mitwirkungspflichten zählen auch die Vorlage von entscheidungsrelevanten Unterlagen, die Zustimmung zur Auskunftseinholung bei Dritten, das persönliche Erscheinen beim zuständigen Leistungsträger sowie ggf. die Zustimmung zur Durchführung von ärztlichen oder psychologischen Untersuchungsmaßnahmen.

Folgen fehlender Mitwirkung gemäß § 66 SGB I:

Im Falle der Nichtbeachtung können die Leistungen teilweise oder vollständig versagt oder entzogen werden.

14. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck (Art. 13 Abs. 3, Art. 14 Abs. 4 DSGVO)

Eine Verwendung von personenbezogenen Daten zu anderen Zwecken als dem Erhebungszweck ist nur zulässig, sofern der neue Zweck den Vorgaben des Art. 5 der DSGVO entspricht.

Ihre personenbezogenen Daten werden für keinen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden.